

Verhandlungen, Mitteilungen
und
Berichte
des
Centralverbandes Deutscher Industrieller.

~~~~~  
**Nr. 127.**  
~~~~~

Herausgegeben

von

Dr. jur. Schweighoffer,
Generalsekretär des Centralverbandes Deutscher Industrieller,
Berlin W9, Linkstr. 25 (Fuggerhaus).

—
Telephon: Amt K&H, Nr. 2527.

Juli 1913.



Berlin 1913.

J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung,
G. m. b. H.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Sitzung des Ausschusses des Centralverbandes Deutscher Industrieller am 11. Juni 1913, abends 6 Uhr, zu Berlin im Hotel Adlon	5
Eröffnung der Versammlung	5
Gedankworte zum Regierungsjubiläum Seiner Majestät des Kaisers, Kaiserhoch, Guldigungsdepesche	5, 6
Zuwahl neuer Mitglieder in den Ausschuss	6
Grundsätzliche Gesichtspunkte für die Deckungsfrage	7
Berichterstatter Schweighoffer	7
Vorsitzender	18
Der einmalige außerordentliche Wehrbeitrag	18
Berichterstatter Kauffmann	18
Diskussion:	
Vorsitzender	49, 79, 85, 87
Müller	50, 68, 77
Freiherr von Gamp	66
Guggenheimer	69
Meyer	75
Dietrich	79
Schweighoffer	80
Kaufmann	81, 86, 87
Die Aenderung des Reichsstempelgesetzes	
Berichterstatter Moldenhauer	87
Diskussion:	
Vorsitzender	93, 94, 95, 96, 97
Müller	93, 95

	Seite
Moldenhauer	95
Grau	97
Vorsitzender: Schlußwort	97
Beschlüsse	98
I.	98
II.	99
III.	100
IV.	100



Centralverband Deutscher Industrieller.

Sitzung des Ausschusses

am 11. Juni 1913, abends 6 Uhr, zu Berlin im Hotel Adlon.

Vorsitzender Landrat **Hoetger**-Berlin: Meine Herren! Bei Eröffnung der heutigen Ausschusssitzung wird es uns allen Bedürfnis sein, des nahe bevorstehenden Regierungsjubiläums unseres Kaisers zu gedenken, in schlichter Weise, wie es sich für Männer der praktischen Arbeit gebührt, die zu ernster Beratung über wichtige, unser Wirtschaftsleben in seinen Tiefen berührende Fragen der Gesetzgebung zusammengetreten sind.

Wenn wir uns auf den Boden der realen Tatsachen stellen, so müssen wir freudig bekennen, daß in den verflossenen 25 Jahren der Regierung Kaiser Wilhelms II. unsere gesamte Wirtschaft in allen ihren Teilen einen ungeheuren Aufschwung genommen hat, daß die Lebenshaltung aller Kreise der Bevölkerung, insonderheit der breitesten Schicht derselben, unserer industriellen Arbeiterbevölkerung, sich in ungeahnter Weise gehoben hat, daß dank den Fortschritten von Wissenschaft und Technik die allgemeinen Lebensbedingungen, insonderheit die Volkshygiene im Deutschen Reiche ein gewaltiges Stück vorangekommen sind. Aus der Fülle der Tatsachen greife ich diese heraus, weil gerade ihre Bedeutung, in industriellen Kreisen wenigstens, auf seiten der Arbeitgeber überall voll gewürdigt wird und weil in diesen Kreisen volles Verständnis dafür vorausgesetzt werden kann, wieviel wir in bezug auf die glückliche Entwicklung dieses Teiles der Grundlagen unserer Volkswohlfahrt dem Kaiser selbst zu danken haben.

Unseres Kaisers vollstes Interesse gehört der Industrie, das wissen wir, nicht nur als eines Bewunderers jedes technischen Fortschritts,

sondern vor allem, weil er durchdrungen ist von der Bedeutung unserer nationalen Industrie für unsere nationale Wirtschaft und für unsere Weltgeltung. Und dieses Interesse für die deutsche industrielle Arbeit ist wohl auch der Ausgangspunkt gewesen für die weltgeschichtliche Großtat unseres Kaisers in den ersten 25 Regierungsjahren, die Schaffung der deutschen Flotte zum Schutze deutscher Arbeit auf den Weltmeeren und jenseits derselben. Möge unserem kaiserlichen Herrn auch weiterhin eine lange, reichgesegnete Regierung beschieden sein. Ich bitte Sie, meine Herren, einzustimmen in den Ruf: Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, hurra, hurra, hurra!

Ich darf annehmen, meine Herren vom Ausschuß, daß Sie damit einverstanden sind, wenn wir aus Anlaß unserer heutigen Sitzung, eben im Zusammenhange mit dem bevorstehenden Jubiläum, eine Depesche an Seine Majestät den Kaiser ergehen lassen folgenden Wortlautes:

„Eurer Majestät, als dem Schirmherrn deutscher Arbeit, entbieten anläßlich des nahe bevorstehenden Regierungsjubiläums die aus allen Teilen des Deutschen Reiches und der Reichshauptstadt versammelten Mitglieder des Ausschusses des Centralverbandes Deutscher Industrieller zum Schutze und zur Förderung der nationalen Arbeit ehrfurchtsvolle Glückwünsche und erneuern das Gelübde der Treue zu Kaiser und Reich.“

Ich darf annehmen, daß die Herren mit dieser Depesche einverstanden sind. (Einmütige Zustimmung.) Ich werde sie sofort abgehen lassen.

Nun, meine Herren, bevor ich zu Punkt 1 unserer Tagesordnung übergehe, habe ich die Ehre, im Namen des Ausschusses hier willkommen zu heißen den Herrn Vertreter des Reichsamts des Innern und die Herren Mitglieder des Reichstages, insonderheit der Budgetkommission des Reichstages, die unserer Einladung Folge gegeben haben. Ich hoffe, daß die Vorträge, die heute hier gehalten werden, im Zusammenhange mit den Diskussionen, die sich an dieselben anschließen werden, auch bei den Herren Mitgliedern des Reichstages ein ungeteiltes Interesse erwecken werden, und daß die Herren aus unserer Diskussion insbesondere Winke mitnehmen werden, die für die endgültige Verabschiedung der wichtigen Vorlagen, die uns heute beschäftigen sollen, von Wert sein dürften.

Bevor wir zu den Gesetzesvorlagen übergehen, die uns beschäftigen, ist noch unter Punkt 1 der Tagesordnung die

Zuwahl neuer Mitglieder in den Ausschuß

zu erledigen. Es werden den Herren des Ausschusses vom Direktorium

sondern vor allem, weil er durchdrungen ist von der Bedeutung unserer nationalen Industrie für unsere nationale Wirtschaft und für unsere Weltgeltung. Und dieses Interesse für die deutsche industrielle Arbeit ist wohl auch der Ausgangspunkt gewesen für die weltgeschichtliche Großtat unseres Kaisers in den ersten 25 Regierungsjahren, die Schaffung der deutschen Flotte zum Schutze deutscher Arbeit auf den Weltmeeren und jenseits derselben. Möge unserem kaiserlichen Herrn auch weiterhin eine lange, reichgesegnete Regierung beschieden sein. Ich bitte Sie, meine Herren, einzustimmen in den Ruf: Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, hurra, hurra, hurra!

Ich darf annehmen, meine Herren vom Ausschuß, daß Sie damit einverstanden sind, wenn wir aus Anlaß unserer heutigen Sitzung, eben im Zusammenhange mit dem bevorstehenden Jubiläum, eine Depesche an Seine Majestät den Kaiser ergehen lassen folgenden Wortlautes:

„Eurer Majestät, als dem Schirmherrn deutscher Arbeit, entbieten anläßlich des nahe bevorstehenden Regierungsjubiläums die aus allen Teilen des Deutschen Reiches und der Reichshauptstadt versammelten Mitglieder des Ausschusses des Centralverbandes Deutscher Industrieller zum Schutze und zur Förderung der nationalen Arbeit ehrfurchtsvolle Glückwünsche und erneuern das Gelübde der Treue zu Kaiser und Reich.“

Ich darf annehmen, daß die Herren mit dieser Depesche einverstanden sind. (Einmütige Zustimmung.) Ich werde sie sofort abgehen lassen.

Nun, meine Herren, bevor ich zu Punkt 1 unserer Tagesordnung übergehe, habe ich die Ehre, im Namen des Ausschusses hier willkommen zu heißen den Herrn Vertreter des Reichsamts des Innern und die Herren Mitglieder des Reichstages, insonderheit der Budgetkommission des Reichstages, die unserer Einladung Folge gegeben haben. Ich hoffe, daß die Vorträge, die heute hier gehalten werden, im Zusammenhange mit den Diskussionen, die sich an dieselben anschließen werden, auch bei den Herren Mitgliedern des Reichstages ein ungeteiltes Interesse erwecken werden, und daß die Herren aus unserer Diskussion insbesondere Winke mitnehmen werden, die für die endgültige Verabschiedung der wichtigen Vorlagen, die uns heute beschäftigen sollen, von Wert sein dürften.

Bevor wir zu den Gesetzesvorlagen übergehen, die uns beschäftigen, ist noch unter Punkt 1 der Tagesordnung die

Zuwahl neuer Mitglieder in den Ausschuß

zu erledigen. Es werden den Herren des Ausschusses vom Direktorium

vorge schlagen die Herren Geh. Regierungsrat Dr. von Böttinger, M. d. S., Elberfeld; Direktor Blume-Stettin; Graf von Brockdorff-Berlin, Generalbevollmächtigter Sr. Durchlaucht des Fürsten Hendel von Donnersmard; Dr. Flechtner, Generalsekretär des Vereins der Industriellen Pommerns und der benachbarten Gebiete, Stettin; Geh. Baurat Dr.-Ing. von Gontard, M. d. S., Generaldirektor der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, Berlin; Generaldirektor Grau-Krauswied bei Stettin; Dr. Haßlacher, Generaldirektor der Meidericher Stahlwerke, Duisburg-Meiderich; Professor Dr. Moldenhauer, Geschäftsführer des Allgemeinen Versicherungsschutzverbandes, Köln; Regierungsassessor a. D. Pastor, Vorsitzender des Vereins Deutscher Tuch- und Wollwarenfabrikanten Berlin-Aachen, Aachen; Dr. Reichert, Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Berlin; Syndikus Roitzsch, Geschäftsführer der Vereinigung sächsischer Spinnereibesitzer, Chemnitz; Dr. Toepffer-Stettin; Geh. Kommerzienrat Weber, Vorsitzender der Handelskammer Gera; Dr.-Ing. Werner, Vorsitzender des Vereins Deutscher Eisengießereien, Düsseldorf.

Ich eröffne die Diskussion über diesen Vorschlag des Direktoriums.

Es meldet sich niemand zum Wort. Ich schließe die Diskussion und konstatiere, daß die Herren, die ich verlesen habe, gewählt worden sind.

Wir kommen nun zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Grundätzliche Gesichtspunkte für die Deckungsfrage.

Berichterstatter ist Herr Regierungsrat a. D. Schweighoffer.

Geschäftsführer Regierungsrat a. D. Dr. jur. Schweighoffer-Berlin: Meine sehr geehrten Herren! Die politischen Vorgänge, die seit Beginn des Balkankrieges die ganze Welt in Spannung hielten, haben wieder einmal mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, in welcher schwierigen Lage sich Deutschland den übrigen europäischen Staaten gegenüber befindet. Diese, in der Geschichte und den geographischen Verhältnissen Deutschlands begründete Schwierigkeit ist bereits vor mehr als Jahresfrist, am 12. Februar 1912, von dem Herrn Reichskanzler bei Gelegenheit des Festmahls des Deutschen Landwirtschaftsrates, mit eindringlichen Worten gekennzeichnet worden, und aus dieser Tatsache heraus hat sich auch die Notwendigkeit der gegenwärtig im Reichstage zur Entscheidung stehenden Heeresvermehrung ergeben, eine Vermehrung, wie sie seit der Reorganisation der preussischen Armee im Jahre 1861 in solchem Umfange nicht mehr angefordert worden ist.

Es ist nicht Gepflogenheit des Centralverbandes Deutscher Industrieller, sich mit rein politischen oder gar militärischen Dingen

vorge schlagen die Herren Geh. Regierungsrat Dr. von Böttinger, M. d. S., Elberfeld; Direktor Blume-Stettin; Graf von Brockdorff-Berlin, Generalbevollmächtigter Sr. Durchlaucht des Fürsten Hendel von Donnersmard; Dr. Flechtner, Generalsekretär des Vereins der Industriellen Pommerns und der benachbarten Gebiete, Stettin; Geh. Baurat Dr.-Ing. von Gontard, M. d. S., Generaldirektor der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, Berlin; Generaldirektor Grau-Krauswied bei Stettin; Dr. Haßlacher, Generaldirektor der Meidericher Stahlwerke, Duisburg-Meiderich; Professor Dr. Moldenhauer, Geschäftsführer des Allgemeinen Versicherungsschutzverbandes, Köln; Regierungsassessor a. D. Pastor, Vorsitzender des Vereins Deutscher Tuch- und Wollwarenfabrikanten Berlin-Aachen, Aachen; Dr. Reichert, Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Berlin; Syndikus Roitzsch, Geschäftsführer der Vereinigung sächsischer Spinnereibesitzer, Chemnitz; Dr. Toepffer-Stettin; Geh. Kommerzienrat Weber, Vorsitzender der Handelskammer Gera; Dr.-Ing. Werner, Vorsitzender des Vereins Deutscher Eisengießereien, Düsseldorf.

Ich eröffne die Diskussion über diesen Vorschlag des Direktoriums.

Es meldet sich niemand zum Wort. Ich schließe die Diskussion und konstatiere, daß die Herren, die ich verlesen habe, gewählt worden sind.

Wir kommen nun zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Grundätzliche Gesichtspunkte für die Deckungsfrage.

Berichterstatter ist Herr Regierungsrat a. D. Schweighoffer.

Geschäftsführer Regierungsrat a. D. Dr. jur. Schweighoffer-Berlin: Meine sehr geehrten Herren! Die politischen Vorgänge, die seit Beginn des Balkankrieges die ganze Welt in Spannung hielten, haben wieder einmal mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, in welcher schwierigen Lage sich Deutschland den übrigen europäischen Staaten gegenüber befindet. Diese, in der Geschichte und den geographischen Verhältnissen Deutschlands begründete Schwierigkeit ist bereits vor mehr als Jahresfrist, am 12. Februar 1912, von dem Herrn Reichskanzler bei Gelegenheit des Festmahls des Deutschen Landwirtschaftsrates, mit eindringlichen Worten gekennzeichnet worden, und aus dieser Tatsache heraus hat sich auch die Notwendigkeit der gegenwärtig im Reichstage zur Entscheidung stehenden Heeresvermehrung ergeben, eine Vermehrung, wie sie seit der Reorganisation der preussischen Armee im Jahre 1861 in solchem Umfange nicht mehr angefordert worden ist.

Es ist nicht Gepflogenheit des Centralverbandes Deutscher Industrieller, sich mit rein politischen oder gar militärischen Dingen

zu befragen, und deshalb erübrigt es sich auch, heute auf die Heeresvorlage selbst sowie diejenigen Deckungsfragen im einzelnen einzugehen, die außerhalb der eigentlichen Interessensphäre von Handel, Gewerbe und Industrie liegen. Um so dringender aber erscheint es geboten, zu denjenigen Fragen Stellung zu nehmen, durch welche die deutsche Industrie unmittelbar berührt wird und deren Lösung sie in erster Linie in Mitleidenschaft zieht. Soweit dies hinsichtlich des einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrages und hinsichtlich der Aenderung der Reichsstempelgesetzgebung der Fall ist, wird es Sache meiner verehrten Herren Mitberichterstatter sein, die Forderungen und Wünsche der Industrie auf diesem Gebiete zum Ausdruck zu bringen; meine Aufgabe ist es lediglich, in Kürze die grundsätzlichen Gesichtspunkte in bezug auf den allgemeinen Charakter und die Tendenz der neuen Steuern hervorzuheben, da beide für die weitere Entwicklung der Steuerpolitik im Reiche von weittragender und — ich möchte das gleich von vornherein betonen — verhängnisvoller Bedeutung zu sein scheinen.

Meine Herren! Wir alle sind davon überzeugt und wissen, daß Opfer zu bringen sind, und Deutschlands Handel und Industrie haben sich daher in ihren maßgebenden Vertretungskörperschaften auch durchweg bereit erklärt, diese Opfer zu bringen. Aber wir glauben, verlangen zu dürfen, daß die Verteilung der Lasten in gerechter Weise erfolgt, daß alle Volksgenossen in gleichem Maße nach ihrer Leistungsfähigkeit zu den Abgaben herangezogen werden und daß insbesondere vermieden wird, durch eine übermäßige Belastung der Einzelwirtschaften die weitere Entwicklung unserer ganzen Volkswirtschaft zu hemmen, die nun einmal auf dem Gedeihen dieser Einzelwirtschaften beruht. Es ist lediglich die Folge der staatsbürgerlichen Gleichheit vor dem Gesetz, wenn auch auf dem Gebiete des Steuerwesens das Verlangen nach einer materiell gleichmäßigen Behandlung erhoben wird, und dieses Verlangen möglichst zu befriedigen, ist nicht allein ein Gebot politischer Klugheit, sondern auch der politischen Moral, wie es sich aus dem Wesen des modernen Staates ergibt: *justitia fundamentum regnorum!* (Sehr richtig!)

Aus dieser Erwägung heraus konnte es daher nicht wundernehmen, wenn nach Bekanntwerden der Vorschläge der Verbündeten Regierungen für die Deckung der Kosten der Heeresvermehrung eine zum Teil sehr scharfe Kritik einsetzte. Denn diese Vorschläge, durch welche nicht nur hinsichtlich des Aufbringens des einmaligen Wehrbeitrages, sondern auch hinsichtlich der Belastung mit den dauernden Abgaben lediglich der sog. „Besitz“, also nur bestimmte Klassen der

Volksgemeinschaft, getroffen werden sollten, trugen ohne Zweifel einen mehr oder weniger konfiskatorischen Charakter, und dieser Charakter ist noch wesentlich verschärft worden durch die Umgestaltung, die das Hauptstück der gesetzgeberischen Vorlagen, der Gesetzentwurf über den einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag, durch die Beschlüsse der Budgetkommission des Reichstages erfahren hat.

Es ist daher wohl nicht ganz unberechtigt, wenn in den letzten Tagen in hochangesehenen Tagesblättern wiederholt die Frage aufgeworfen worden ist, ob bei den neuen Vorschlägen der Kommission „nicht der Begriff der Steuer aufhöre und der der Enteignung beginne“, und wenn vor allem darauf hingewiesen worden ist, daß der Wehrbeitrag in der jetzigen Form in erster Linie dazu diene, die Ideale derjenigen politischen Partei zu verwirklichen, zu deren programmatischer Forderung seit Jahren die „unmittelbare Vermögenskonfiskation“ gehört. (Sehr wahr!)

Meine Herren! Es ist das erstemal seit Begründung des Deutschen Reiches, daß grundsätzlich mit dem Prinzip gebrochen wird, die Verteilung der Steuern zwischen dem Reiche und den Bundesstaaten in scharfer Abgrenzung zu halten und dem Reiche die indirekten, den Bundesstaaten die direkten Steuern als die ihrer alleinigen Verfügung unterliegende Steuerquelle zu überlassen.

Es ist daher denn auch überaus bezeichnend, daß, worauf gerade ein Mitglied der Budgetkommission, der Herr Abgeordnete Erzberger, in seiner bemerkenswerten Abhandlung: „Der Wehrbeitrag 1913“, hingewiesen hat, in der Begründung der Regierungsvorlage über den einmaligen Wehrbeitrag die ganze verfassungsrechtliche Seite der Frage überhaupt nicht berührt worden ist und daß man in den Motiven vergeblich danach sucht, in welchen Artikel der Reichsverfassung der neue Vorschlag der verbündeten Regierungen eigentlich einzugliedern ist. (Hört, hört!)

Noch bei der letzten großen Reichsfinanzreform im Jahre 1909 erschien es der Regierung als etwas ganz Selbstverständliches, daß der Fehlbetrag zur weitaus größeren Hälfte durch den Ausbau der indirekten Steuern beschafft werden müsse, als dem naturgemäßen Wege, auf den Reichsverfassung und geschichtliche Entwicklung die Reichsfinanzverwaltung verweisen. Die Begründung für die damalige Forderung, den ursprünglich auf $\frac{1}{2}$ Milliarde Mark geschätzten Fehlbetrag zu $\frac{5}{7}$ durch Mehrbelastung des Massenverbrauchs zu decken, begnügte sich mit dem Hinweise auf die Notwendigkeit, daß die Reform auf dem Grundsatz der Allgemeinheit aufzubauen sei und daß daher alle Bevölkerungsschichten herangezogen werden müßten. Und es